

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667. Für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3696. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: pro Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: pro Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [15 US PF.] - Nr 490

SONNABEND, 17. OKTOBER 1931

MORGEN-AUSGABE

25 Stimmen Mehrheit für Brüning

Harzburg plus Thälmann plus Dingeldey unterlegen

Die parlamentarische Schlacht ist geschlossen, hat mit dem erwarteten Sieg der Regierung geendet. Die Ablehnung des Mißtrauensantrags der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten mit 295 gegen 270 Stimmen bei nur drei Enthaltungen wurde von der Mehrheit mit einem Zeitloß begreift, wie man ihn in diesem Hause nicht oft gehört hat. 577 Abgeordnete zählt der Reichstag und 568 haben sich an der Abstimmung beteiligt, nur 6 Mitglieder des Hauses haben gefehlt, darunter der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, der krank in Monaco liegt.

Mit der Ablehnung der Mißtrauensanträge, die sich gegen das Gesamtministerium richteten, war die Schlacht für das Kabinett Brüning gewonnen. Die Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister wurden mit erheblich größeren Mehrheiten abgelehnt, weil die Gruppen der gemäßigten Rechten es ablehnen, für die „kommunistischen Demonstrationsanträge“ zu stimmen.

Wie die drei Kampftage des Parlaments durch die erste Rede des Kanzlers ihre bestimmende Richtung erzielten, so bildete die zweite Kanzlerrede den wichtigsten Höhepunkt. Wieder war der Reichstag eine halbe Stunde lang im Sinne Brünings, der diesmal nicht von der Tribüne, sondern von seinem Platz auf der Regierungsbank sprach. Seine Auseinandersetzung mit dem Landvolk, dessen Verhalten er als einen historischen Fehler bezeichnete, die Vertiefung der Regierungspolitik während der letzten Monate, die darauf gerichtet sei, ausgleichend zu wirken, und es vermeiden sollte, daß zwei feindliche Fronten gegeneinander stehen, das alles fand demonstrative Zustimmung bei fast allen Parteien auslösten den zahllosen Pfifflern. Raum ein Satz, der nicht mit Händeklatschen unterliefen wurde.

Am Schluß ging er auf den „offenen Brief“, ein den Hitler an ihn gerichtet hat. Aus Ton und Inhalt zeigt die Schlachtfeldgerung, daß vier Fünftel des Reichstages für einige Monate alle parteipolitischen Gegensätze zurückstellen könnten, um gemeinsame Arbeit für das Vaterland zu leisten. Das waren Sätze, von denen man annehmen könnte, daß sie auch Reichspräsident von Hindenburg bei dem Empfang Hitlers gesprochen habe. Um so trasser wirkte die schneidende Schärfe, mit der der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Hannover über den Mißbrauch der Harzburger Aktion antwortete. „Brüning ist nicht Deutschland“, schmetterte der entzweiigte Generalkommandeur der Jugendbewegung in den Saal. „In dem Schlächter, das der Junke anreißt, und Schmidt ist nicht einmal Hannover“ gingen seine weiteren Sätze unter.

Kein Zweifel: nicht nur im Reichstag, auch draußen im Land wurde die Reaktion mit den Kommunisten in dem Bemühen zusammenzukommen, die Gegenkräfte bis zur Zerreißung zu verschärfen. Das erste Treffen dieses Winters ist gewonnen. Mehr nicht.

*

Außer dem preussischen Ministerpräsidenten haben bei der Reichstagsabstimmung bei den Kommunisten die Abg. Wodanala und Kerschberg, bei der Deutschen Volkspartei die Abg. Dr. Curtius und Dauch und bei der Wirtschaftspartei der Parteivorsitzende Dr. Bredt gefehlt. In allen diesen Fällen lagen Krankheit oder andere unüberwindbare Hindernisse vor. Die Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, des Zentrums, der Christl.-Sozialen, der Bayer. Volkspartei, des Landvolks und der Staatspartei waren bis auf den letzten Mann erschienen. Enthaltungen haben sich bei der Abstimmung bei drei Deutsch-Kommunisten.

Bei der Deutschen Volkspartei haben fünf Abgeordnete gegen die Mißtrauensanträge gestimmt und zwar die Abg. Dr. Rahl, Gieseler, Dr. Kalle und Dr. v. Bartheß. Die Abg. Dr. Weidner und Dr. Schneider-Bresden haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Landvolk hat bis auf die Abg. Schlangel-Schwingen und Dorff-Heyßen

für die Mißtrauensanträge gestimmt. Der Abg. Schlangel hat gegen die Mißtrauensanträge gestimmt, der Abg. Dorff hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Wirtschaftspartei hat geschlossen gegen die Mißtrauensanträge gestimmt.

Brünings Sieg bildlich



Unser Schaubild über die gestrige Reichstagsabstimmung zeigt in dem sechshundertsten Sektor die Partei, die gegen den Mißtrauensantrag, also für ein Kabinett Brüning gestimmt haben. Die Spaltung bei der Reichspartei und beim Landvolk, so bzw. 1 Abgeordneter im Gegensatz zu ihrer Fraktion für Brüning stimmten, ist deutlich sichtbar (die drei Stimmenhaltungen in diesen Parteien mußten vernachlässigt werden). Der überwiegende Teil der Volkspartei und der Christl. Sozialen, Nationalsozialisten und Kommunisten (meiste Sektoren) stimmte gegen Brüning; nur die drei Hannoveraner (stark geteilt) haben Stimmenthaltung geübt.

Der Papst an die spanischen Katholiken

ROM, 16. OKTOBER

Der Papst hat an den spanischen Kardinälen einen Brief gerichtet, in dem er ihn auffordert, allen Episkopen, Bischöfen und Priestern mitzuteilen, daß er mit seinem ganzen Herzen an den Schwärzen und Wählern des gegenwärtigen Augenblicks in Spanien teilnehme, daß er weiterhin mit aller Energie protestiere gegen die rücksichtslosen, die Kirche angreifenden Verfolgungen und Schädigungen, daß er am kommenden Christ-Königs-Tag eine besondere Messe in St. Peter abhalten wird. Am Ende spricht der Papst aber seine Zuversicht aus, daß mit der Unterstützung der Outgetreuten und auf dem Weg der Willigkeit und der Gesinnung die schwersten augenblicklichen Schäden wieder gutgemacht werden könnten, und daß vor allen Dingen die schwersten Opfer, d. h. eine engherzige Beerdigung der religiösen Tradition Spaniens, vermieden werden könne.

Das dieser Sendung des Papstes gewinnt man hier weiterhin den Eindruck, daß es zu einem endgültigen Bruch zwischen dem Vatikan und der Spanischen Republik nicht kommen wird.

Ein unerbetener Gast

Wie die „Grazzer Tagespost“ erzählt, ist der gewesene Oberkonsulmann der Schweiz und Bischof des 13. September, Dr. Pflieger, gestern nachmittags mit dem Schnellzug nach Marburg in Jugoslawien, wohin er geflüchtet war, in der Richtung Triest abgereist. Die Fahrkarte Dr. Pfliegers geht über Venedig-Wienland nach München. Dr. Pflieger will Sonntag nachmittags in München einsteigen.

Die Scheidelinie

Im Reichstag hat sich keine Mehrheit gefunden, die bereit war, durch den Sturz der Regierung Brüning eine Krise zu eröffnen, deren Dauer, Entwicklung und Ausgang niemand hätte voraussagen können. Die Überwiegenden haben untergehalten. Die Forderung, die an einem Dreieckstisch gemacht, hat nicht mit einem schwarzen Freitag geendet. An dem Tag, an dem der französische Ministerpräsident seine Reise nach Washington antrat, hat die Autorität der Reichsregierung eine doppelte Stärkung erfahren: einmal durch die Entsendung des Reichslegats und dann durch den Erfolg der Reichshauptversammlung, die 170 Millionen gestiftet und vertrieben hatte. Sie hat sich herbeigewünscht und damit der deutschen Wirtschaft nicht nur neues Lebensblut zugeführt, sondern hoffentlich auch neuen Lebensmut.

Es hat sich bestätigt, daß das zweite Kabinett Brüning trotz der geringen Veränderungen einen ganz anderen Charakter trägt, als die Regierung der drei Vorabstimmungen. Die Parteien sind geblieben, aber der Geist hat sich geändert. Der Reichstag, der am Dienstag und am Freitag sich zum Mannuskript losmachte und nicht nur zum Parlament, sondern zur ganzen Nation sprach, hat „den Rubikon überquert“. Das hat ihm ein Organ des deutschen Nationalen Fortschritts nachgegeben und hat ihm einen neuen Geist in den betreffenden Grund besitzte, der von der Kampfbereitschaft des Kanzlers ausging.

Unter Führung Dingeldeys hat die Deutsche Volkspartei den Anstoß an Jugendergeben gefunden. Aus einer Staats- und Volkspartei ist eine „reine Industriepartei“ geworden, die es, wie es in dem getrennten der „Wossischen Zeitung“ veröffentlichten Streifenmann-Veise prophetisch heißt, als ihre Aufgabe ansieht, die „Wirtschaft Deutschlands durch die „Autokratie (Jugendergeben) herbeizuführen“. Unter dreißig hat es immerhin noch haben gegeben, die nicht mit Einzelnen gingen, und fünf, darunter Stahl und Scherff haben es gelehnt, wie Streifenmann es getan hätte. Das Erdreißende ist die Subalternität des Vorgesanges. Wirtschaftsmacht, die zum Teil selbst nicht wissen, was sie wollen, finden zu ihrem eigenen Schaden also eigene Diener.

Die Scheidelinie liegt dort, wo die einseitige Interessenwahrung Staats- und volkserstrebend wirkt. Der Reichskanzler hat von den „Sirenenstimmen“ gesprochen, die ein Abgleiten der Währung nach englischem Muster als Ausweg aus allen Schwierigkeiten empfehlen. Im preussischen Landtag hat der Zentrumsvorsitzende Bauhoff in einer Rede gegen die Streifenmacher gesagt, in Harzburg ist „der Herd der Inflationsepidemie“ gewachsen und hat den Kern der Reaktion, der darauf losbrach, mit den Worten zum Schweigen gebracht: „Schreien Sie nicht so laut, sonst retet einmal der Kaiser von dem, was in den vier Wänden seines Arbeitszimmers sich ausgebreitet hat“. Was Brüning im Vertrauen des Geistes ausgeführt hat, war eine faulstimmige Arbeitsetzung seiner Erklärungen in der Zentrumskommunikation, in der als Folge des Harzburger Vorfalls eine gerade lebensfähige Empörung gegen die „Abarbeiter des Bürgerkriegs“ herrschte. Es ist eine bewusste Täuschung, wenn behauptet wird, daß nur die „Marzburger“ für eine Politik der isolierten Reaktion wiederholen würden. Was das Reichsministerium bisher den Arbeitnehmern und den Beamten zugemutet hat, geht in diesen Gerichten hart aus dem Geiste des politisch, wirtschaftlich und sozial Engstirnigen. Diese Linie nicht zu überschreiten, ist der Staatsmann Brüning entschlossen. Es ist die Linie, die gehalten werden kann gegen die unerbittlichen Kräfte, die bei der weiteren Vernehmung des Bruchs sich bestrebend zu erheben drohen.

Die Mehrheit der Deutschen Volkspartei hat sich jedenfalls dieser Linie gestellt, weil die Kräfte, die über sie gebieten, künftighin genug sind, das heißt der Wirtschaft einig und allein in der politischen Ausgestaltung der Arbeitnehmerschaft zu finden. Das ist nicht Böswilligkeit, sondern tragische Verblendung, nicht Mangel an gutem Willen, sondern Mangel an politischer Schulung. Die Wäter waren es gewohnt, daß die Christen für milde Arbeit forderte. Die Epigonen verlangen und verzagen an der Aufgabe, in einer

Manpolitik zu ziehen, ihre Karten aufzubauen, so daß jeder sie lesen kann, nicht zu sagen, wir wollen mit allem, was uns auferlegt ist, mit einem Schläge brechen, sondern zu sagen:

Kommt her und seht, was mit uns los ist, erkennt, daß es nicht möglich ist, die Dinge so fortzutreiben, weil aus dem Ruin Deutschlands, das noch immer das Herz der Welt ist, der Ruin und die Verwirrung der ganzen Welt eintreten muß.

Das ist die Methode, und diese Methode ist nicht neu. Sie ist von Wöllern, die befehlig werden, immer wieder in der Öffentlichkeit benutzt worden, um zu einem Erfolge zu kommen. Und wenn Adolf Hitler mutig genug ist, mit nicht mehr nationale Gefühlsregung abzuweichen, dann — und damit möchte ich schließen: Was hindert dann vier Fünftel dieses hohen Volkes, einmal hier zu entschließen, für ein paar Monate die Parteipolitik beiseite zu lassen und nur daran zu denken, das Vaterland zu retten und sich dem Vaterland zu opfern, um endlich wirklich die Freiheit zu erlangen. (Einzelne Beifall.)

Abg. Schmidt-Sonnenor (Duis.) verliert in Mangelhaftigkeit der Reden die Erklärung, in der u. a. betont wird: Ein Weiterretten dieses Reiches und eine neue Ausrichtung des Reiches würde eine oaken- und inopportunistische Frage von so tragischer Schwere heißen, daß ein Abgeordneter Deutschlands in staatliche Angelegenheiten unermittelbar wäre.

Wenn der Kanzler die Vorführung ausgesprochen hat, daß sich die Reichsregierung zu Erklärungen dem Auslande gegenüber verhalten muß, die die jetzige Regierung nicht abgeben kann, so können wir nur unter Verstoß darüber aufpassen, daß der Kanzler überhaupt an solche Möglichkeiten denkt. Wir können ihn aber beruhigen: Das Vertrauen des In- und Auslandes zu einer klaren Reichsregierung wird größer sein als das Vertrauen zu seiner eigenen, hundertjährig verlebten Regierung.

Wir erklären erneut, daß wir neue internationale Verträge und Bindungen, die diese Regierung übernimmt, nicht anerkennen. Die Verantwortung für die Übernahme solcher Verpflichtungen würde heute zur Zeit fallen, die diese Regierung führen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz. Arb.-V.) sieht die größte Gefahr des neuen Reichstages in dem, daß der Reichsminister Brenner gleichgültig das Innenministerium führt. Brenner ist immer ein Gegner der sozialistischen Revolution gewesen. Die Arbeiterkassen haben in Weimar nicht nur die Wohlthaten der Brenner-Diktatur oder Hitler-Diktatur, sondern sie müßte sich auf ihre eigene Kraft verlassen und den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen.

Abg. Dr. Straßmann (Chr.-Soz.): Wir bekommen uns in heiferer Liebe zur Nation, aber grade darum vermehren wir die Verwirrung der von der äußeren Welt aufgestellten Forderungen. Der Oberboden lehnte parlamentarische Klappfächer ab, aber grade seine Rede war eine parlamentarische Klappfächer. Seine Darstellung der Notverordnung war eine exaltierte Ungeschicklichkeit.

Abg. Colmann (Soz.) tritt für die sozialdemokratischen Forderungen auf Neuverteilung der Führerschaft ein.

Abg. Kling (Bayr. Bauern.) erklärt, seine Freunde seien zwar nicht allen Maßnahmen der Weimarer Regierung einverstanden, würden aber gegen die Weimareranträge stimmen.

Abg. Meyer-Sonnenor (D.-Soz.) proklamiert Einheitsstellung seiner Gruppe.

Die Abstimmungen

Es folgt die Abstimmung über die Weimareranträge der drei verurteilten Oppositionsparteien: Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Das Ergebnis wird von der Mitte aufgenommen. Von der Rechten und den Kommunisten mit Scheitern aufgenommen.

Vor der Abstimmung über die Weimareranträge gegen einzelne Minister erklärt.

Abg. Reich (Chr.-Soz.): Offenbar zum Zweck der Abstimmungsverhinderung hat den protestantischen Mitgliedern ein Zettel ausgehändigt worden, auf dem ihm — Reich — Beziehungen über den Protestantismus in der Weimarer Zeit, die er nie getan habe. Auch Dr. Franz II (Bund-Soz.), auf den sich der anonyme Zettelbehalter bezieht, könne sich solcher Beziehungen nicht erinnern. Es ist bezeichnend, mit welchen Mitteln von der Opposition gearbeitet werde (Beif.-Zus.).

Die Abg. Dr. Dingeldey (D. Fr.) und Öhrlich (Combu.) erklären, daß ihre Fraktionen den kommunistischen Demonstrationen gegen einzelne Minister nicht zustimmen würden.

Der kommunistische Weimarerantrag gegen Minister Bauer wird in namentlicher Abstimmung mit 321 gegen 233 Stimmen abgelehnt bei 16 Stimmentzügen.

Art 337 gegen 233 Stimmen wird dann nach der vorläufigen Föhlung der Weimareranträge gegen den Reichspräsidentenminister Schiele abgelehnt, mit 326 gegen 235 Stimmen bei 16 Enthaltungen der Weimarerantrag gegen den Reichsminister Dr. Stegerwald.

Vor den den Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten gestellte Antrag auf Auflösung des Reichstages wird mit 320 gegen 252 Stimmen der Antisepher abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den von den Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gestellten Antrag auf Aufhebung sämtlicher Notverordnungen.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden diesem Antrag zustimmen, aber er legte Wert auf die Feststellung, daß sie sich die letzten Maßnahmen gegen Weimareranträge und Kapitalflucht verlannt hätten.

Der Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen wurde mit 336 gegen 233 Stimmen abgelehnt.

Abgelehnt werden auch die Anträge auf Aufhebung einzelner Notverordnungen. Bei der Abstimmung über die letzte Notverordnung entfällt sich die Bayerische Volkspartei der Stimme.

Abg. Reichsbeholdend die letzte Stellung seiner Partei in einer Erklärung damit, daß die Bayerische Volkspartei sich der Entscheidung über ihre Verantwortung abwarten wolle.

Die Schweiz droht mit Kündigung

Vor den Handelsvertragsverhandlungen

Am Montag, dem 19. 10. 1933, werden in Bern die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen beginnen, zu denen sich die Reichsregierung auf Verlangen der schweizerischen Regierung bereit erklärt hat. Mit der Führung der deutschen Delegation ist Wirtschaftsattaché Pöffe vom Reichswirtschaftsministerium beauftragt worden.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ präzisiert die Verhandlungen mit einem optimistischen inoffiziellen Kommentar, dessen Inhalt sich mit dem Inhalt der Rede, die er enthält, nicht zu verhalten vermag. Das Ziel der Schweiz, erklärt das Blatt, ist bekannt: Steigerung der schweizerischen Ausfuhr und Verminderung der ganz anormal angewachsenen Ausfuhr Deutschlands. Nicht im entzweiten Punkte die Schweiz habe an einen Ausgleich der Handelsbilanz.

„Sie lenkt und mäßigt“, so heißt es weiter, „die schmerzhafte Lage des Partners, heißt aber immerhin bekannt, daß das Bestreben, das sich jetzt letzten Jahres verriet, sich auf eine erträgliche Basis reduziert werden kann. Um Ausbehalten hofft man etwa bis Ende Oktober darüber Klarheit zu erlangen, ob die schweizerischen Bemühungen Aussicht auf Erfolg haben werden, ob es einen Wert hat, weiterhin zu verhandeln oder ob eine Kündigung des Handelsvertrages zur Notwendigkeit wird.“

Nachdem auch die Aufhebung dieser letzten Notverordnung abgelehnt worden ist und über die kommunikativen Anträge abgelehnt worden ist, erklärt:

Abg. Dr. Fried (Chr.-Soz.), nach diesem Verlauf der Verhandlungen hätten die Nationalsozialisten kein Interesse mehr an den parlamentarischen Beratungen. Sie würden den Reichstag verlassen und außerhalb des Parlamentes daran arbeiten, die letzten Stufen dieses Systems zu zerbrechen.

Abg. Reichs (Chr.-Soz.) erklärt, er habe sich freigelegt, daß der Vorwurf von ihm gebrachte anonyme Zettel mit den unzulässigen Beeinträchtigungen von den nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag. (Beif.-Zus.)

Abg. Reichs (Chr.-Soz.) erklärt, er habe sich freigelegt, daß der Vorwurf von ihm gebrachte anonyme Zettel mit den unzulässigen Beeinträchtigungen von den nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag. (Beif.-Zus.)

Die Mitglieder der Reichsopposition verließen darauf unter großer Unruhe des Hauses den Saal.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt, es sei für die Freiheit und Souveränität der Nationalsozialisten und ihrer Anhänger bezeichnend, daß sie grade in dem Augenblick flüchten, wo über den kommunikativen Antrag auf Neuverteilung weiterer Vorkriegs-Einkaufspreisen entschieden werden solle.

Abg. Colmann (Soz.) meint, die Flucht der Nationalsozialisten sei von der Furcht diktiert, für die in der Verlangsamung der aufgestellten antipolitischen Forderungen und für die zum Schluß der Reichsopposition verlassenen Anträge mit dem Stimmzettel entgegenzutreten. Diese Partei ist nur eine Marionette in der Hand des Großkapitals und der abgeleiteten Führer.

Der kommunistische Antrag auf Einstellung der Youngabgaben und auf Austritt aus dem Weimarer wird darauf gegen die Stimmen der Antisepher abgelehnt.

Vor der Abstimmung über die weiteren Anträge verlegt sich das Haus bis 7 15 Uhr, um inzwischen dem Reichstagspräsidenten zu einer Sitzung zu gehen.

Nach Wiederöffnung der Sitzung wird der kommunikativen Antrag auf Einstellung der Polizeiführer-Ausschüsse an die Länder gegen die Antisepher abgelehnt.

Der nationalsozialistische Antrag auf Einstellung der Polizeiführer-Ausschüsse an die Länder wird — gegen die Kommunisten und das Landvolk abgelehnt.

Die Anträge gegen Rappitflucht, Denierschuldungen u. m. gehen gegen den Widerspruch der Kommunisten an den Generalkonferenz, andere Anträge, die sich mit der Drogenpolitik befassen, an den Sozialdemokraten.

Der Sozialpolitischen Antrag werden unter Mitf. durch den Kommunisten, die sofortige Entlassung verlangen, die Anträge auf Verbesserung der Erwerbslosen-Unterstützung überwiegen.

Parzenkerzer-Beschluß

Ein kommunikativer Antrag verlangt die Einstellung der Parzenkerzer-Bauten und die Verwendung der so ersparten Mittel für Kinderpflege.

Im Zusammenhang wird dieser Antrag mit 211 Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen und Kommunisten, die wegen des Fehlens der Reichsopposition die Mehrheit haben, gegen 181 Stimmen angenommen.

Ein Antrag der Kommunisten auf Einstellung eines Untersuchungskomitees wegen der Zusammenbruchs des Rodwolle-Konzerns findet nur die Unterstützung der Antisepher, und ist somit abgelehnt.

Angenommen wird ein kommunikativer Antrag, der Maßnahmen zur Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung verlangt.

Der kommunikativen Antrag auf sofortige Verhaftung von Eugen Berger, Hitler und anderen Führern der Reichsopposition wird gegen die Stimmen der Antisepher abgelehnt.

Ein kommunikativer Antrag, der Maßnahmen gegen überhöhte Renteipreise verlangt, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Angenommen wird mit der gleichen Mehrheit eine kommunikativer Entschädigung, die das uneingeschränkte Reaktionsrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten fordert.

Die Verhandlungen werden ruhig und bestimmt und selbst auf Grundfragen einvernehmlich geführt werden. Die Parteien diskutieren als laute Kaufleute und überlegen sich, ob sie die verarbeitete Wirtschaft mit einigen Änderungen aufrechterhalten können oder ob die schweizerische Partner sich entschließen muß, davon zurückzutreten. Einen Wirtschaftlichkeitsbeschäftigt die Schweiz nicht, die auf die Stelle der Kündigung nicht Maßnahmen ergreifen, die auf einen solchen hinauslaufen. Daß die Schweiz die Vertragsrevision der Kündigung vorziehen würde, ist jedenfalls festzustellen. Sie beahrt man vor allem baldiger Klarheit, die welche von beiden Lösungen sie sich entschließen muß.

Dieser offiziielle Bericht bezeugt gegenüber den Antisepher, daß der Schweizer Vertreter bei den Weimarer Wirtschaftsverhandlungen gemacht hat, immerhin einen Fortschritt, da die Schweiz nicht mehr unter allen Umständen entschlossen scheint, den Handelsvertrag zu kündigen. Es bleibt also zu hoffen, daß durch die bessere Beziehungen eine Kündigung des Vertrags sich vermeiden läßt. Beharrlich genug ist trotzdem, daß die Schweiz bei allem Bemühen, für die deutsche Seite Verständnis zu gewinnen, nicht einsehen will, daß die Unabgängigkeit nur die Wahl haben, von ihren Schulden die Pachtung ihrer Forderung in Waren anzunehmen, oder schließlich auf beides, Waren und Geld, zu verzichten.

Ein kommunikativer Antrag auf Einstellung der Weimareranträge an die Gürteln wird abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Gegenantrag verliert das gleiche Ziel. Ein Antrag Dr. Weber (D. Fr.) auf Überweisung an den Reichsausschuß wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Der zweite Beratung des Gegenantrages wird durch den Abgeordneten (Komm.) unterbrochen. Da die zweite Sitzung nicht anordnend für die Tagesordnung steht, muß diesem Widerspruch die zweite Beratung zurückgestellt werden.

Ein sozialdemokratischer Antrag zur Einführung der Reichsregierung, Klären und Forderungen auf Beseitigung oder Ausbählung des Tarifrechts abzuheben, insbesondere die Angriffe auf die Unabhängigkeit des Tarifrechts abzuheben.

Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 310 gegen 80 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Nach einem weiter angenommenen Antrag der Bayerischen Volkspartei soll Untersuchungen, die in Deutschland eine Niederbestellung befragen, die Zugehörigkeit zu sogenannten Vorkriegsangehörigen im Ausland bei hoher Strafe unterliegt werden.

Der in erster Beratung angenommene sozialdemokratische Gegenantrag über die Führerschaft wird nachträglich dem Reichsausschuß überwiesen.

Die weiteren Anträge und Initiativ-Gegenentwürfe, darunter auch die der Bayerischen Volkspartei auf Änderung der Weimareranträge werden den zukünftigen Ausschüssen überwiegen, die Einprüche des Reichstags gegen verschiedene Gegenentwürfe dem Hausvolk-Ausschuß.

Auf Antrag des Wohnungsausschusses wurde eine Entschlüsselung angenommen, die die Regierung erludt, von einer Änderung des Mietrechtsabgesehen, des Mietengesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes Abstand zu nehmen.

Reichstagspräsident teilt mit, daß die Weimarer (Beif.-Zus.) habe gebeten, der Reichstag möge die Genehmigung zur Fortsetzung des gegen ihn laufenden Einzelverfahrens erteilen, damit er Gelegenheit zur gerichtlichen Klarstellung der Angelegenheit habe. Gegenüber dem Abg. Dr. Weimarer (Beif.-Zus.) Genehmigung zur Fortsetzung des von ihm selbst gegen sich beantragten Disziplinerverfahrens ertheilt.

Der Reichstag erteilt in beiden Fällen die erbetene Genehmigung.

Der Präsident unterbreitet dem Hause am Schluß der Sitzung den Vorschlag der Reichsregierung, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen des Stillhalte-Konkordats den Reichstag bis zum 1. Februar 1932 zu vertagen.

Abg. Torgler (Komm.) widerspricht diesem Vorschlag und beantragt, für nächsten Dienstag eine Sitzung einzuberufen.

Auf Antrag des Abg. Erling (D.) wird der 23. Februar 1932 als Termin der nächsten Sitzung bestimmt.

Nach 10 1/2 Uhr schließt die Sitzung.

Der Vorstoß gegen den Parzenkerzer

Der Antrag gegen den Parzenkerzer B lautet dahin, die Steigerung zu „Beauftragten“, den Bau des Stettens einzustellen. Die Regierung scheint — nach einem kurzen erst abends veröffentlichten Kommentar des SPD-Büros — diese Formulierung als eine Entschlüsselung zu interpretieren, zu deren Durchführung sie nicht unter allen Umständen verpflichtet ist. Schon früher ist die Regierung hinsichtlich der Entschlüsselung des Reichstages hinweggegangen, wenn zwingende Gründe dagegen sprachen.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vorseite Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Bei jeder Lieferung werden höhere Gewinne erzielt. Der Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezuges — Täglich: „Unterhaltungsbild“ — „Finanz- und Handelsblatt“ — Wöchentlich einmal: Die illustrierte „Zeitschrift“ — „Literarische Umschau“ — „Rise und Landwirtsch.“ — „Recht und Leben“

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Natur

die jeden erfreut

Heimat

in der wir wurzeln

Fremde

Länder

nach denen man sich sehnt

Lebens-

Fragen

die alle angehen

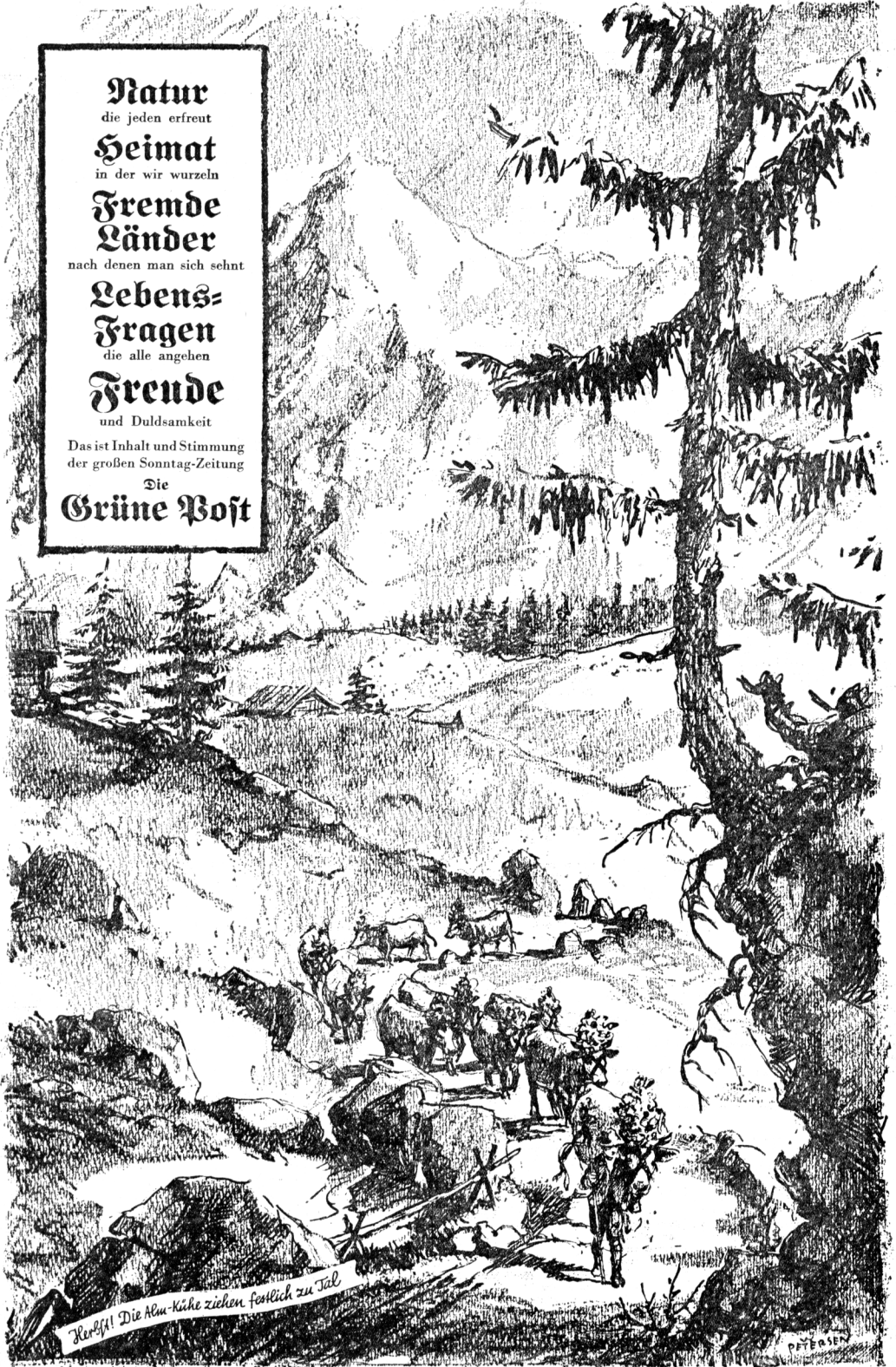
Freude

und Duldsamkeit

Das ist Inhalt und Stimmung
der großen Sonntag-Zeitung

Die

Grüne Post



Hierher! Die Alpkühe ziehen festlich zu Tal

PETERSEN

Börse im Dunkeln

Von Paul Elsberg

Am heutigen Tage sind genau vier Wochen verflossen, seitdem zum letztenmal ein regulärer Börsenverkehr in der Burgstraße stattfand. Vielleicht ist es reichlich übertrieben, jene Börsenversammlungen nach der unfreiwilligen Sommerpause als regulär zu bezeichnen. Erinnerung man sich doch, wie die Aufnahmefähigkeit der Märkte sowohl vor und wach fürchterlichen Druck der täglichen Kursverluste bei allen Börsenbesuchern ausübten. Aber es wurden an jedem Tage, so gut es eben ging, noch amtliche Kurse festgesetzt, und erst die Einstellung der Goldzahlungen der Bank von Frankreich als demotivational, alle deutschen Wertpapierbörsen abermals zu schließen.

Wohl haben seit jenen 18. September noch Börsenversammlungen in der Burgstraße stattgefunden, aber es dürften keine Geschäfte abgeschlossen worden, und bald fand auch diese Börse ohne Kurs ein jähes Ende. Die Porten zu den Börsensälen wurden hermetisch geschlossen. Der Effektenhandel war über Nacht gewaltsam von seiner Arbeitsstätte vertrieben und suchte sich im sogenannten telefonischen Freiverkehr ein Ventil. So weit Umsätze zustande kamen, drangen Kurse in die Definitivität, die der Regierung so unbequem waren, daß sie sich kürzerzumachen entschloß, selbst diese Kurspublikation durch Notverordnung zu unterbinden.

In den Handelsteilen der Zeitungen ist es seitdem um die Börse still geworden. Wohl hört man, daß nach wie vor ein Freiverkehr der Bankiers und Telefunkenler stattfindet, und man hört hin und wieder von einzelnen Wertpapieren auf Grund einer festen oder schwächeren Tendenz. Man vermischt auch das verständliche Bedürfnis der brotlos gewordenen Makler, so schnell wie möglich zu einem geordneten Börsenverkehr zurückzukehren. Aber darüber hinaus ist die Öffentlichkeit in der Regel nicht interessiert, und wie sich der informelle Freiverkehr hinter den Kulissen der Bank- und Maklerbüros entwickelt.

Tatsächlich hat dieser informelle Freiverkehr besonders bei den Großbanken Formen angenommen, die es durchaus plausibel erscheinen ließen, wenn es gewisse Stellen mit der Einrichtung eines Börsenbüros in einem der Börsensäle, auf die sie anfangs drängten, längst nicht mehr so eilig hätte. Beispielsweise soll eine einzige Großbank an einem besonders beliebten Tage dieser Woche innerhalb ihres Börsenapparates einen Effektenverkehr abwickeln. Dies ist allerdings nicht haltbar. Er stellt sich also heraus, daß das von der Börse längst bekämpfte Kompensationswesen der Großen jetzt dazu geführt hat, daß die führenden Banken eine Art Privatbörse in sich bilden.

Sie hatten inzwischen Zeit, diesen internen Börsenbetrieb zu organisieren. Filialen und Depotklassen müssen die Aufträge ihrer Kundschaft einheitlich zur Berliner Zentrale leiten, wo sie in den Börsenbüros entweder kompostiert oder im Telefonverkehr ausgeführt werden. Dabei begünstigen sich die Berliner Zentralstellen mit einem relativ beschleunigten Nutzen, indem sie ihrer Filiale oder Depotklasse ihre „Mithaltung“ in einem halben Prozent von Nominalkauf in Ansatz bringen. Diese Spesen werden je nach Kauf oder Verkauf automatisch auf den Kurs auf- oder abgeschrieben. Dieser beschleunigte Nutzen den Berliner Bankzentralen in dieser verdienstbringenden, aber einträglichen Sphäre erbringt, geht daraus hervor, daß rund 80 pCt. der Effektenaufträge aus den Kreisen der Kundschaft auch heute noch im Kompensationsverfahren erledigt werden.

Über diesen internen Betrieb hinaus bedürfen sich, wie schon erwähnt, die Bankier der Hilfe der Kreise der Kundschaft. Diese werden durch Einschaltung anderer Maklerfirmen, die bis dahin nicht im Telefonverkehr tätig waren, erweitert hat. Diese rührigen Makler benutzen als Unterpächter bei mittleren Privatbankfirmen die ohnehin verwaisten Telefonanlagen, oder sie haben ihre Tätigkeit in die Räume einiger auf der Straße geliebener Bankgeschäfte, die an das Netz der Telefunkenler angeschlossen sind, verlegt. Auf diese Weise sind diese vom Glück begünstigten Makler wenigstens nicht völlig beschäftigungslos, und die Pächterfirmen, die ihnen die Büros und Telefonmiete bewilligen, bedeuten für diese in der heutigen Zeit der allgemeinen Wirtschaftslage eine willkommenen Neben-einnahme. Teilweise erhalten sie 25 pCt, teilweise sogar bis zum dritten Drittel von den Maklern erzielten Courtagegewinnen. Der Börsenverkehr ist also durch die Privatbankiers, eine neue Erscheinungsfom unserer Zeit.

Nun soll und darf man aber den telefonischen Freiverkehr von heute nicht überschätzen, denn, obwohl auch die meisten Hypothekbankiers die Aufträge ihrer Pfandbrief-Kundschaft auf die Depotklassen zu leiten pflegen, ist der Kreis der Bank- und Privatbankiers, die im Telefonverkehr teilnehmen, begrenzt. Das hängt in erster Reihe mit der allgemeinen Geldknappheit zusammen. In vielen Fällen läßt es sich nicht vermeiden, daß die Bank für zu potentiellen Kunden den Betrag in der Lage zu haben muß. Das heißt, sie muß den Betrag für die üblichen Effekten am nächsten Tage bezahlen, während das Geld des auswärtigen Kunden erst einen Tag später eintrifft. Für solche Vorlagen heute tägliches Geld zu erhalten, ist meist ein Kunststück, dessen Gelingen mehr oder weniger von persönlichen Beziehungen abhängt. Hat ein Bankier bei einem großen Goldgeber wirklich Glück, so wird von ihm für tägliches Geld neben einem erstklassigen Depot ein Einlaß von mindestens 33 1/2 pCt. gefordert (somit 15-20 pCt.). Außerdem muß der Goldgeber ein Verpfändungsrecht an dem Geldgeber an Fälligkeitstage das Sicherheitdepot im Freiverkehr veräußern darf, wenn die Rückzahlung der entliehenen Summe nicht prompt erfolgt.

Die Selbsthilfe des unterdrückten Wertpapierhandels hat also inzwischen eine organische Entwicklung genommen, die dem ominösen Freiverkehr in den Tagen der Goldflucht Licht erscheinen läßt. Gewiß ist auch heute kein Effektenbesitzer, der seine Werte in einem „inoffi-

ziellen“ Freiverkehr auf den Markt wirft oder werfen muß, vor Übervorteilungen geschützt. Schon deshalb nicht, da die Banken sich mit dem halben Prozent Nutzen der Berliner Zentralen sicherlich nicht immer begnügen dürften. Es soll vorkommen, daß die und die Filialen und Depotklassen von der Zentrale gesondert gewisse Kursaufschläge erheben. Das kann man ihnen nicht einmal verübeln, da in dem irregulären Freiverkehr zweifellos auch erhöhte Risiken verbunden sind.

Inmitten hat die wachsende Kontrolle und Aufmerksamkeit der Effektenkundschaft einer Übervorteilung durch Kurs-schnitte schon sehr erheblich Einhalt geboten. Es gibt kaum Effektenkunden, der nicht vor Erstellung seines Wertpapierauftrags von mehreren Seiten Kursfortsetzer ein-

Diese Taktik wird ihm dadurch erleichtert, daß einzelne Privatbankfirmen an ihre Kundschaft Briefe heraus-geschickt lassen, in denen sie die Gültigkeit der von ihnen bestimmten Wertpapiere zu den eingetragenen Kursen girlieren. Diese individuelle Propaganda in Briefform fällt nicht unter das Verbot einer Verbreitung von Kursen.

Trotzdem ist die heutige börsenlose Zeit alles andere, denn ein Idealzustand, und alle am Börsengeschäft interessierten Kreise müssen danach streben, so schnell wie möglich zu einem regulären Börsengeschäft mit amtlichen Kursen zurück-zukehren. Vielleicht aber bereitet der irreguläre Freiverkehr die amtliche Börsenöffnung besser vor, als es die noch so gut gemeinten Zwangsmaßnahmen des Börsenvorstandes am 8. September vermochten.

Lösung des Devisen-Rätsels

Rückzahlung von Pfund-Krediten

Die Notenbankwesen der letzten Wochen waren durch langsam anwachsenden Zahlungsmittelumlauf und nicht ohne weiteres so langsam zusammenschumpfende Gold- und Devisenvermögen gekennzeichnet. Auch der heute abend zur Veröffentlichung gelangende Medio-Anweis der Reichsbank wird aller Voraussicht nach eine Fortsetzung dieser Tendenz aufweisen. Das ist gewiß nicht erfreulich, zumal es keine wirksamen Abwehrmittel gibt, es sei denn, daß man für die Abwendung dieser Schäden noch größere Nachteile in Kauf zu nehmen bereit ist. Untersucht man die Ursachen, so wird die Unmöglichkeit ihrer Bekämpfung sofort klar. Zunächst zeigt sich, daß beide Faktoren in keinem Zusammenhang miteinander stehen und bei weitem nicht so bedenklich sind, wie sie auf den ersten Blick erscheinen.

Die Vermehrung des Goldumlaufs ist zweifellos auf die noch immer in Gang befindliche Abhebungswelle, in erster Linie bei den Sparkassen und Genossenschaften, zurückzuführen. Eine Kreditkontingentierung würde unter diesen Umständen geradezu katastrophale Folgen auslösen. Einmal in Spar- und Kreditkassen, und ein Gelder abzuheben, die Finanzinstitute aber der Gefahr aussetzen, ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen zu können: Ein Hinweis auf die Vorgänge im Juni genügt, um zu erklären, daß das Mittel der allgemeinen Kreditkontingentierung nicht anwendbar ist. Noch viel weniger würde eine Diskontoberhöhung im gegenwärtigen Stadium die Lösung des Rätsels in keinem Zusammenhang mit einem Run nur durch reißende Befriedigung der Gläubiger herbeigeführt werden kann, halten wir unbeschränkt aufrecht. Das gilt heute in noch mehr als einem Run zur Zeit nicht die Rede sein kann und sich die Abhebungen in relativ bescheidenem Umfang halten.

Betrachtet man die Vorgänge im Ausland, so haben wir sogar allen Grund, zufrieden zu sein. England machte eine 20proz. Wertsteigerung seiner Währung in Kauf nehmen, in den Vereinigten Staaten brechen täglich mehrere Milliarden Dollar in die Welt, und die meisten europäischen Städten zur Zeit alle Banken geschlossen sind, und es herrscht lokale Zahlungsverkehr stockt. Auch in Frankreich ist das Vertrauen zur Bankwelt und dem Frankens stellenweise so erschüttert, daß neben einer kräftigen Steigerung des Notenumlaufs Goldzuläufe aller Art sehr gefragt sind. Da die französische Notenbank nur zur Einlösung in Goldbarren verpflichtet ist, ein Barren aber ein Objekt von rund 200000 Franken darstellt, ist in verzinzelten Fällen sogar schon beobachtet worden, daß sich gewissenhaft Familiengehirne gebildet haben, um gemüssam ein Goldbarren zu erwerben.

Solange also in Deutschland die Depositenabhebungen nicht zu einer vermehrten Güternachfrage führen und entsprechende Preiserhöhungen im Gefolge haben, werden wir kein Anzeichen der Vermehrung des Geldumlauf traglich zu nehmen. Sollten sich Rückwirkungen auf

das Preisniveau zeigen, so wäre ein Einschreiten der Notenbank zwar erforderlich, aber unter dem veränderten Umstande durch die Zentralbank nur solange entriekt, als es gebietet ist, also konzerell wirtschaftlichen Zwecken dient.

Das die größte Rolle in dem gegenwärtigen Stande betrifft, so steht man zunächst angesichts des Stillhalte-Abkommens auf der einen, der Devisenabhebungsverpflichtung und der Aktivität der Handelsbilanz auf der anderen Seite vor einem schwer zu lösbaren Rätsel. Daß noch nennenswerte Valutabeträge von den Exporteuren gehandelt werden, ist unwahrscheinlich. Die Devisenbilanz des Jahres 1930 hat sich im Vergleich mit der einjährige ist aber dievisenbilanzverhältnisse hier spielen zwei Faktoren eine Rolle, die man nicht voraussehen konnte. Nach dem Stillhalte-Abkommen sind die deutschen Schuldner aus Akzepten und bekanntlich verpflichtet, für die Deckung der von ihnen gezogenen Tratten bei Fälligkeit Sorge zu tragen. Die Auslandsbanken hingegen müssen das Kreditvolumen in vollem Umfang aufrechtzuerhalten, d. h. also bis zu dem Betrage der zurückgezählten Akzeptokredite nur Tratten akzeptieren und diskontieren. Dieser Zustand vollzieht sich, besonders in Amerika, nicht immer reibungslos. Angesichts der Zunahme des interkontinentalen Kreditverhältnisses sind die amerikanischen Banken stellenweise recht anspruchsvoll in bezug auf die Diskontierung der Tratten, die von diesen Ländern her kommen. Infolgedessen ist die Auffüllung des Kreditvolumens nicht immer möglich.

Es ist zu indessen das Abgleiten der Sterling-Devisen gezeigt. Die deutschen Exporteure sind nicht mehr in der Lage, ihre nicht auf Pfunde lautenden Import- oder Exportwertpapiere in London zu finanzieren, da sich ein einseitiges enges Kursverhältnis im Außenhande nicht auch noch das Kursrisiko tragen können, das mit einer neuen Schuldverpflichtung in englischen Pfund verbunden ist. Die Tratten werden daher nicht mehr in England abgeben, immer mehr die Fakturierung in Dollar durchgesetzt, gelangen eine Reihe von Pfundkrediten, die sich nicht mehr verdienen können fallen, gewissermaßen zur freiwilligen Rückzahlung, und die Reichsbank muß mit ihren eigenen Valuta-Einsten einverstanden. Auch bei diesem Dilemma versagen alle Mittel der Notenbank-Politik.

Es ist kein Zweifel, daß durch diese Verhältnisse, daß die Abnahme der Deckungsmittel sich noch eine Weile fortsetzen kann. Die Parole kann hier nur lauten: Nicht die Notwendigkeit, die durch die Devisenbilanz der großen Überschüsse der Handelsbilanz im günstigen Sinne auf die Devisenlage auswirken. Solange die Reichsbank Devisen für die Deckungsmittel zwecks der Erhaltung des Preisniveaus zu beschaffen vermag, so ist ein stabiles oder gar sinkendes Preisniveau abgeben, ist alles Gerede von einer sich abmahnenden Tendenz sinnlos, und durch einseitige Symptome restlos widerlegt.

Pariser Diskont unverändert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 16. OKTOBER Die Bank von Frankreich hat sich trotz ihrer in der letzten Zeit stark betonten Parallellität zur Fedpolitik in der Sache noch nicht entschlossen, ihren Diskontsatz von der jetzt 2 1/2 pCt. erneut zu erhöhen. Man führt dies in Paris mit finanziellen Übernahmen der United States Lines für den Export von Zement gegen jede neue Geldverwertung erheben lassen. Mehrere große Institute, die allerdings nicht zur allerersten Kategorie gehören, seien nämlich in ihrer Liquidität stark behindert und bedürften erste Zwischengiektion.

U.S.-Lines untergebracht

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 16. OKTOBER Zwischen der International Mercantile Line und der Dawson-Chapman-Gruppe ist eine Einigung über gemeinsame Übernahme der United States Lines jetzt erzielt worden. Die kalifornischen Interessenten haben durch den Bankhaus Flieschacker bereits eine U.S.-Lines Company mit 3.6 Mill. Dollar gegründet, das zu gleichen Teilen unter den Gruppen aufgeteilt wird. Abschließende Verhandlungen mit dem Shipping-Board finden Montag statt.

Auscheiden des Industrie-Vertreters aus der Deutschnaft

Da in dem gegenwärtigen Stadium der Entschleunigung des Exporten der Industrie und ihrer Verlager im Aufsichtsrat der Deutschen Krafttransport-Gesellschaft m. B. H. (Deutkraft), Berlin, nicht in diesem Unternehmen dominierenden Speidreuten nicht in die Zahl der Mitglieder war, ist Dr. Salinger aus dem Aufsichtsrat ausgeschlossen.

Neues Ergebnis der Reichsbanknaehle. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde ein neues Ergebnis der Reichsbanknaehle eine Ziffer von 1736 Mill. RM festgelegt.

Senkt die Brantwein-Steuer

Noch 2 Millionen Hektoliter Monopol-Bestände

Seit langem ist man sich in allen interessierten Kreisen darüber klar, daß unter den Betrieben der öffentlichen Hand die Brantwein-Produktion der letzten Jahre ein Verlustgeschäft war. Soeben in „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Statistik über das dritte Quartal des Betriebsjahres 1930/31 zeigt eine Umsatzminderproduktion des Absatzes liefert dafür einen neuen Beweis, daß die Brantwein-Produktion im letzten Betriebsjahr eine erhebliche Verringerung der Lagerbestände ergeben hat, so ersehen sie mit 203 gegen 208 Millionen Hektoliter. Wenn man sich nun die Höhe, die eine unergiebige Belastung des Monopols darstellt. Es ist dies fast immer noch das Vierfache des Normalbestandes an unversapften Brantwein, was ein erhebliches Absatz des Monopols. Die Gründe für diese Entwicklung sind verschiedener Natur. Durch die Konstruktion des Brenneinsatzes ist dieses verpflichtet, den landwirtschaftlichen Brenneinsatz eine bestimmte Menge Spiritus abzugeben, für die unter den gegenwärtigen Verhältnissen Absatzmöglichkeiten nicht gegeben sind.

Das wichtigste Faktor im Rahmen der Monopolwirtschaft bildet der Trinkbrantwein, ein überiges der Brantwein liegen aber die Verhältnisse besonders in argen. Es ist zwar einleuchtend, daß in einer Notzeit, wie der gegenwärtigen, die Produktion von Brantwein für den privaten Konsum zu rechnen hat als unter normalen Verhältnissen. Dies immer mehr zunehmende Sportbewegung und die damit verbundene Abkehr vom Genuß alkoholischer Getränke tun ein überiges der Brantwein-Konsum zu Trinkzwecken einzuschränken. Aber es wäre verfehlt, hierauf allein die Rückgang des Trinkbrantweins absetzen zu lassen. Ganz besonders in der letzten Jahresabrechnung ist noch ein weiteres Tiefstadium von 63 300 Hektoliter gegen 67 388 Hektoliter im letzten Vierteljahr erreicht hat. Ein ganz wesentlicher Grund für diese Flucht aus dem Trinkbrantwein-Berg bildet, vielmehr die

